

Gedenken 1938

Annexion Österreichs

Inhalt

- 3 „Gedenken 1938 – Annexion Österreichs“
- 4 Die Zeit vor 1938
 - 5 Österreich 1918-1933
 - 7 Ausschaltung des Parlaments
 - 8 Die Entwicklung in Deutschland
- 9 Kindheit und Jugend im Jahr 1938
 - 11 NS-Propaganda
- 12 1938 und die Folgen
 - 13 Holocaust
 - 14 Widerstand in Österreich
- 15 Erinnern - heute und in Zukunft
- 16 Impressum

Gedenken 1938 – Annexion Österreichs

Vor 75 Jahren – am 12. März 1938 – marschierte die deutsche Wehrmacht in Österreich ein. Österreich hörte auf, als selbstständiger Staat zu existieren und wurde Teil des nationalsozialistischen Deutschen Reichs. Vor 75 Jahren – am 9. und 10. November 1938 – fanden Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung statt. Die von der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) und den Nationalsozialismus-Behörden gesteuerten Gewaltmaßnahmen kennzeichneten den Übergang von der Diskriminierung und Demütigung jüdischer BürgerInnen zu deren systematischer Verfolgung und Vernichtung.



cc Hermann Göringwerke Spatenstich

Die Zeit vor 1938

Um zu begreifen, wie es zur Annexion Österreichs 1938 kommen konnte, ist es wichtig, einen Blick in die politische, wirtschaftliche und kulturelle Geschichte unseres Landes zu werfen.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zerfiel die Österreichisch-ungarische Monarchie – und mit ihr ein riesiges Wirtschaftsgebiet mit 53 Millionen EinwohnerInnen. Die Nationalitäten des Vielvölkerstaats gründeten eigene Staaten. Übrig blieben die deutschsprachigen Gebiete Österreichs, an deren wirtschaftliches Überleben die wenigsten glaubten. Es gab sogar die Idee, Österreich mit Deutschland zu verbinden. Der Friedensvertrag von St. Germain en Laye (Frankreich) ließ das aber nicht zu. In ganz Europa wurden die Grenzen neu gezogen. Nach anfänglichen großen Problemen gelang es, Wirtschaft und Staatsfinanzen zu stabilisieren. In den „Goldenen Zwanziger Jahren“ herrschten Zuversicht und Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung, doch 1929 begann eine weltweite Wirtschaftskrise. Die ganze Welt kämpfte mit schweren wirtschaftlichen Problemen. Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit waren überall spürbar. Parteipolitische Auseinandersetzungen, vor allem über die Frage der Krisenbekämpfung und die parlamentarische Demokratie, spalteten Österreich bis hin zum Bürgerkrieg. Ab 1933 wurde das Land autoritär regiert.



Österreich 1918-1933

Der Beginn der Republik

Im Oktober 1918 wurde die Republik Deutschösterreich gegründet. Sie bestand aus dem Großteil der deutschsprachigen Gebiete des ehemaligen Vielvölkerstaates der Monarchie. Der Wunsch vieler war es, einen gemeinsamen Staat mit Deutschland zu bilden, da sie nicht an die Lebensfähigkeit Österreichs als eigenständigen Staat glaubten. Der Friedensvertrag von St. Germain vom September 1919 schrieb Österreich jedoch staatliche Selbstständigkeit vor. Im November 1919 beschloss das Parlament die Änderung des Namens auf „Republik Österreich“.

Die ersten Jahre

Wichtigstes Ziel der Regierung des „jungen“ Österreich war die Schaffung einer stabilen Grundlage für die Zukunft des neuen Staats. Die Wirtschaft sollte den Verhältnissen des nunmehrigen Kleinstaats angepasst werden und Frieden und Ruhe nach den Schrecken des Krieges für alle Menschen einkehren. Diese Aufgaben einten für kurze Zeit die Parteien. Es gab ein gemeinsames Ziel, für das alle einstanden. Doch die Kompromissbereitschaft sank und die Parteien rückten die eigenen Interessen und Programme in den Vordergrund: Sozialdemokratische Arbeiterpartei einerseits und als bürgerlich-konservativer Gegenpol Christlichsoziale Partei und Großdeutsche Partei.



Originalaufnahmen der Ereignisse zeigt der Film „Der Brand des Justizpalastes in Wien“: das Herauswerfen von Akten, den Polizeieinsatz, die Löschversuche.

Verhärtete politische Fronten und Weltwirtschaftskrise

Die politischen Konflikte wurden schärfer. Die bürgerlichen Parteien und die sozialdemokratische Arbeiterpartei standen einander zunehmend feindselig gegenüber. Beide „Lager“ gründeten bewaffnete Wehrverbände – die bürgerlichen Heimwehren und den sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbund – als Mittel zur politischen Auseinandersetzung und um Stärke und Macht auf den Straßen zu zeigen. Die Wehrverbände veranstalteten Aufmärsche und immer wieder kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen. Im Jänner 1927 schossen Mitglieder der sogenannten Frontkämpfervereinigung, eines bürgerlichen Wehrverbands, im burgenländischen Schattendorf in die Menge von Schutzbündlern und Schaulustigen. Zwei Menschen, ein Kind und ein Arbeiter, wurden getötet. Das Gericht sprach die Angeklagten im Juli 1927 frei. Darüber waren viele Menschen so empört, dass sie zum Parlament und zum Wiener Justizpalast zogen. Der Justizpalast wurde in Brand gesteckt. Daraufhin schoss die Polizei in die Menge. Es gab 84 Todesopfer unter den DemonstrantInnen und fünf auf Seiten der Polizei; dazu hunderte Verletzte auf beiden Seiten. Die Weltwirtschaftskrise verschärfte die angespannte Situation zusätzlich. Es gab tausende Arbeitslose, aber auch Bauern und Gewerbetreibende konnten durch die schlechte Wirtschaftslage ihre Produkte und Dienstleistungen nicht verkaufen – rechte, antiparlamentarische Parteien wie die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) gewannen an Einfluss und die Bereitschaft der Regierung, ohne Parlament autoritär zu regieren, wuchs.

Mit der Gründung der Republik wurde auch das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Erstmals durften auch Frauen wählen! Der Freispruch im Schattendorfer Prozess war Auslöser für die „Julirevolte“ mit dem Brand des Justizpalastes 1927. DemonstrantInnen stürmten das Gebäude, verwüsteten es und legten Brände. Polizeipräsident Johannes Schober ließ Schusswaffen gegen die demonstrierende Menge einsetzen. <http://www.parlament.gv.at>

Ausschaltung des Parlaments

1933 nahm der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß einen Formalfehler bei einer Abstimmung zum Anlass, das Parlament auszuschalten. Er regierte in der Folge ohne Parlament auf Basis einer Notverordnung aus der Zeit der Monarchie. Die Regierung nutzte die Notverordnungen, um die Wirkungsmöglichkeiten der Opposition immer weiter zu beschneiden. Im Februar 1934 führte dies zu einem blutigen Bürgerkrieg. Dabei standen einander der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund einerseits, und das von der Regierung eingesetzte Bundesheer und die als Hilfspolizei beigezogenen Heimwehren gegenüber. Die Kämpfe fanden zum Teil in Arbeiterwohnanlagen (in Wien, Linz, Steyr) statt und forderten mehrere hunderte Tote.

Die Regierung löste die Sozialdemokratische Partei mit all ihren Vereinigungen auf und erklärte sie für illegal. Bereits davor waren die Kommunistische Partei und die NSDAP verboten worden. Die gesamte Opposition war damit in die Illegalität gedrängt und wurde verfolgt. Zugelassen war ab 1936 nur die Vaterländische Front – eine von der Regierung gegründete Partei. Österreich war zu einem Ein-Parteienstaat und – mit einer neuen Verfassung (und neuem Namen „Bundesstaat Österreich“) 1934 – zur Diktatur geworden.

Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß und Ringen um Eigenständigkeit

Im Juli 1934 unternahm illegale Nationalsozialisten einen Putschversuch, der mit der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß endete. Dessen Nachfolger, Kurt Schuschnigg, setzte die eingeschlagene Politik fort. SozialdemokratInnen und andere politische GegnerInnen wurden verfolgt. Die wirtschaftlichen Probleme und die hohe Arbeitslosigkeit blieben weiter bestehen. Bundeskanzler Kurt Schuschnigg versuchte mit Unterstützung Benito Mussolinis, der in Italien eine faschistische Diktatur errichtet hatte, die Eigenständigkeit Österreichs gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland zu wahren. Dessen Druck wuchs aber ständig. 1936 schloss Kurt Schuschnigg mit Adolf Hitler ein Abkommen, durch das 17.000 österreichische NationalsozialistInnen begnadigt und aus den Gefängnissen entlassen wurden.

Die Entwicklung in Deutschland

Vom Häftling zum Reichskanzler

Schon 1923 versuchte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) unter Adolf Hitler einen Regierungsturz in Deutschland, der fehlschlug. Hitler wurde verurteilt, die NSDAP verboten. Im Gefängnis verfasste Hitler sein Werk „Mein Kampf“, in dem er Werte und Zielvorstellungen der nationalsozialistischen Bewegung niederschrieb. Nach seiner Entlassung erreichte Hitler die Aufhebung des Verbots der NSDAP und gestaltete die Partei um. Aus dieser Zeit stammt auch die Bezeichnung „Führer“ für Adolf Hitler als Parteivorsitzenden. Hitlers Redetalent und intensive Propaganda halfen der NSDAP, 1932 mit mehr als 33% zur stimmenstärksten Partei im deutschen Reichstag aufzusteigen. 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. In wenigen Monaten erreichte Hitler durch Erlass neuer Gesetze, aber auch mit Terror und Gewalt, die Alleinherrschaft der NSDAP. Politische GegnerInnen wurden inhaftiert oder ermordet.

Mit den sogenannten Nürnberger Gesetzen schuf der NS-Staat 1935 die rechtliche Grundlage für die Umsetzung des antisemitischen und rassistischen Ideenguts der NSDAP. Diskriminierung, Verfolgung und Ermordung aller, die nach diesen Gesetzen nicht zur sogenannten „Volksgemeinschaft“ gezählt wurden – Jüdinnen und Juden, Roma, Sinti, ethnische Minderheiten, nicht Angepasste – waren damit gesetzlich erlaubt.

Ein System der Willkür, Unterdrückung und Ausgrenzung

Die nationalsozialistische Herrschaft beruhte auf Unterdrückung und Verfolgung sowie persönlicher Treue zu einem „Führer“. Innerhalb der NSDAP herrschte ein militärisch organisiertes, streng hierarchisches System, das für alle – vom zehnjährigen „Pimpf“ des Deutschen Jungvolks bis zum „Reichsleiter“ der NSDAP – galt. Dazu zählte auch Gehorsam ohne Widerrede. Nach dem Ende der NS-Herrschaft versuchten viele ehemalige NSDAP-Mitglieder die Verantwortung für ihre Taten mit dem Satz „Ich habe nur Befehle befolgt“ zu rechtfertigen.

Terror und Anschuldigungen waren im NS-System an der Tagesordnung. Die NSDAP-Organisationen (Hitlerjugend, BdM, Deutsche Arbeitsfront, NS-Betriebsorganisation) forderten ihre Mitglieder auf, regimekritisches, unangepasstes Verhalten zu melden. Die Bespitzelung reichte bis in Schulen und Familien und entzweite diese oft.

Kindheit und Jugend im Jahr 1938

Aron Menczer rettete mit seinem Engagement zahlreiche jüdische Kinder und verhalf ihnen zur Flucht nach Palästina. Anderen gab er bis zuletzt Hoffnung. 1943 wurde er im KZ Auschwitz ermordet.

Wir leben heute in einer Demokratie, deren Grundlage die Freiheit der Menschen ist. 1938 war alles anders, Menschen wurden wegen ihrer Religion, Herkunft oder Meinung angegriffen und sogar getötet. Wie lebten Menschen in einer Welt, die von Zwang und Diskriminierung beherrscht wurde? Wie schaute das Leben von Kindern und Jugendlichen im Nationalsozialismus aus?

„Totale Erziehung“ – Vorbereitung auf den Krieg

Unter „Totaler Erziehung“ verstand man eine Erziehung vom Kleinkind bis zum Erwachsenen nach den Vorstellungen des Nationalsozialismus. Von der Freizeit über Schulzeit bis in die Familie sollte die NS-Ideologie überall hinein wirken. Die NS-Regierung in Deutschland baute das bestehende Schulsystem schrittweise um. Ziel war es, die Kinder nach NS-Idealen zu formen: Unerwünschte Pädagogen wurden gekündigt, Schulen aufgelöst, Lehrpläne geändert und neue Schultypen eingeführt. Parallel dazu wurde die außerschulische Erziehung durch NSDAP-Jugendorganisationen verstärkt.

Schulzeit unter dem Hakenkreuz

Der auf das NS-Gedankengut und die „Vorbereitung für den Wehrdienst“ ausgerichtete Unterricht wurde nach der Annexion 1938 auch in Österreich übernommen. Lehrbücher aller Fächer wurden überarbeitet bzw. durch Zusatzhefte ergänzt. Themenvielfalt und Fremdsprachen ersetzen die NS-Schulbehörden durch rassistische NS-Ideologie und die Einübung der Jugendlichen auf den Krieg. Dazu gehörten bewusst verhetzende und verrohende Unterrichtsmaterialien, Rechenbeispiele mit Kriegsmaterial, Malvorlagen und Abbildungen zu Krieg und NSDAP-Parteisymbolen, Lesestoff über deutsches Heldentum. Und besonders wichtig war im Unterricht „die körperliche Ertüchtigung“.

Außerschulische Erziehung

Buben und Mädchen wurden gedrängt, der Hitlerjugend (HJ) beizutreten. Damit konnte die NSDAP die Jugendlichen auch in ihrer Freizeit beeinflussen und kontrollieren. In Gruppen, bei spielerischen Übungen und auf gemeinsamen Lagern wurden Kinder auf NS-Einstellungen getrimmt und mit Schieß- und Waffenübungen für den Krieg vorbereitet.

Die Hitlerjugend (HJ) war die Jugend- und Nachwuchsorganisation der NSDAP, die sich ab 1933 zum staatlichen Jugendverband entwickelte. Ab 1936 war die HJ per Gesetz der für alle Jugendlichen zwischen zehn und 18 Jahren einzig erlaubte Jugendverband. Die männliche Jugend war in der HJ (und dem Deutschen Jungvolk für die zehn- bis 14-Jährigen) organisiert, die weibliche Jugend im Bund Deutscher Mädel (BDM oder BdM und den Jungmädeln für die zehn bis 14-Jährigen).

Als Jugendliche/r zur HJ oder zum BdM zu gehören (eventuell mit höherem Rang – etwa als Grup-

penführerIn), bedeutete, „Macht“ zu besitzen. Diese Macht konnte gegen rangniedere andere Jugendliche, aber auch gegenüber Erwachsenen (etwa Eltern oder LehrerInnen) ausgeübt werden. Die Hitlerjugend war uniformiert („des Führers Kleider“). Nach außen hin zeigte dies jedem, dass man dazugehörte, nach innen wurden damit soziale Unterschiede verdeckt und militärische Rangordnungen abgebildet.

Nicht jeder durfte lernen – Zulassung zu Schule und Ausbildung

Der NS-Staat verfolgte eine rassistische Politik, die unterschied zwischen jenen, die der sogenannten „Volksgemeinschaft“ angehörten, und anderen, die diskriminiert und ausgegrenzt wurden. Sie alle wurden vom Regelschulbetrieb ausgeschlossen. Jüdische Kinder wurden zunächst separiert und in eigenen Schulen untergebracht. Später wurden auch diese aufgelassen, und wer nicht flüchten oder in ein anderes Land auswandern konnte, wurde in Konzentrationslager gebracht.

Kinder, die sich gegen das System wehrten, oder aus einer der NS-Ideologie nicht entsprechenden Familien stammten, wurden als „schwer erziehbar“, „verwahrlost“, oder „arbeitscheu“ bezeichnet und in Jugendkonzentrationslagern festgehalten. Diesen Jugend-KZs gab das NS-Regime den Namen „Jugendschutzlager“, um den wahren Zweck zu verheimlichen.



NS-Propaganda

Propaganda war ein wichtiges Instrument, das dem NS-Staat half, Menschen zu beeinflussen und Widerstand erst gar nicht aufkommen zu lassen. Gut geplante Großveranstaltungen, wie etwa die Olympiade 1936, erzeugten ein Bild von Macht und Gemeinsamkeit des deutschen Volkes. Die NS-DAP kontrollierte die gesamte Presse, Rundfunk und Film. Die Pressefreiheit war außer Kraft gesetzt. Da nur regimetreue Zeitungen (z.B. der Völkische Beobachter, das Organ der NSDAP) und Radiosender zugelassen waren und das Hören ausländischer Sender unter Strafe gestellt war, konnte das NS-Regime seine einseitigen und verhetzenden Berichte ungehindert verbreiten. Auch gewaltsame Maßnahmen, etwa gegen Minderheiten (wie z.B. die Ermordung Behinderter), konnten unwidersprochen als notwendig dargestellt werden und erreichten so die gesamte Bevölkerung.

Mit Großprojekten wie dem Bau von Autobahnen und Investitionen in die Rüstungsindustrie schuf das NS-Regime Arbeitsplätze. Die NS-Propaganda nutzte dies, um Hitler als „Heilsbringer“ zu inszenieren und die Bevölkerung für den Nationalsozialismus zu begeistern.

Wichtigstes Propagandamittel der Nationalsozialisten war das Radio. Im Auftrag des NS-Staates wurde ein kostengünstiger Radioapparat entwickelt, der sogenannte Volksempfänger. Damit konnten die Nationalsozialisten ihre Propaganda in so gut wie jedem Haushalt verbreiten.



1938 und die Folgen

Die Eingliederung in das Deutsche Reich im Jahre 1938 hatte für Österreich weitreichende Folgen über die Zeit des NS-Regimes hinaus.

Österreich als „Materialquelle“ für das Deutsche Reich

Das nationalsozialistische Deutschland eignete sich mit der Annexion Österreichs seine Goldreserven und das Staatsvermögen an. Wertvolle Gemälde, Statuen und andere Kulturschätze aus Museen, Sammlungen und (jüdischem) Privatbesitz wurden für das geplante „Führermuseum“ in Linz oder andere NS-Galerien beschlagnahmt, wobei einiges unwiederbringlich verloren ging. Die Rüstungsindustrie wurde ausgebaut. Das schuf Arbeitsplätze, später wurden dafür aber ZwangsarbeiterInnen eingesetzt, da die österreichischen Männer als Soldaten Kriegsdienst leisten mussten. Diese Fabriken waren jedoch bei Kriegsende auch Ziele der Bombenangriffe der Alliierten (gegen NS-Deutschland verbündete Staaten). Oft wurden bei den Luftangriffen auch umliegende Gebäude und Ortsteile getroffen. Österreichs Bodenschätze (Mineralien, Metalle, Erdöl, Kohle etc.) wurden ausgebeutet. Auch für diese Arbeiten wurden KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen aus den von Deutschland besetzten Ländern herangezogen.

Einschneidende Veränderungen in der Bevölkerung Österreichs

Die Annexion Österreichs und das NS-Regime hatten auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung: GegnerInnen des Nationalsozialismus flüchteten oder wurden verfolgt, inhaftiert und viele von ihnen getötet. Darunter waren auch viele KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen. Die sogenannten Nürnberger Gesetze wurden mit aller Härte angewendet und mehr als 100.000 ÖsterreicherInnen getötet. Sieben Jahre bestimmte das NS-Regime die Erziehung und das tägliche Leben in Österreich. Das schuf vor allem bei den damals Zehn- bis 20-Jährigen ein einseitiges und rassistisches Weltbild. Auch den Erwachsenen wurde vieles verschwiegen, Fakten von der NS-Propaganda vorenthalten oder verzerrt wiedergegeben (Kriegsberichterstattung) und Feindbilder mit falschen Darstellungen bewusst bestärkt (z.B.: antisemitische Propaganda gegen Jüdinnen und Juden).

Österreich im Zweiten Weltkrieg

Die Deutsche Wehrmacht überfiel am 1. September 1939 Polen. Damit begann der Zweite Weltkrieg. Bis 1945 verloren eine Viertelmillion österreichischer Soldaten ihr Leben. Zehntausende Österreicher kamen teilweise erst Jahre nach Kriegsende (bis 1956!) aus der Gefangenschaft zurück, viele davon waren für ihr Leben gezeichnet. Auch Frauen und Kinder starben durch den Krieg: 24.000 Zivilpersonen kamen durch Luftangriffe der Alliierten um. Ziel dieser Luftangriffe waren vor allem die Rüstungsindustrie und Verkehrsanlagen, um NS-Deutschland zu schwächen. Dabei wurden nicht selten umliegende Ortsteile getroffen, wie z.B. in Wiener Neustadt, wo der Angriff den Flugzeugwerken galt und dabei 88% der Gebäude der Stadt getroffen wurden. Bei Kriegsende wurde Österreich als Teil des nationalsozialistischen Deutschen Reichs von den vier Siegermächten (Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion und USA) besetzt. Österreich wurde als eigener Staat wiederhergestellt, jedoch blieb es zehn Jahre unter alliierter Besatzung. Erst mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 erhielt es seine volle staatliche Souveränität (Selbstbestimmung) wieder.

Holocaust

Als Holocaust oder Shoah wird der nationalsozialistische Massenmord an Jüdinnen und Juden bezeichnet. Nach der NS-Rassenlehre galten Juden als „Untermenschen“ und „nicht lebenswert“. Zugleich schrieb man ihnen alles Böse zu. Ziel war, Deutschland und die besetzten Gebiete „judenfrei“ zu machen. Ab Frühjahr 1941 plante die NSDAP-Führung mit Adolf Hitler an der Spitze die „Endlösung der Judenfrage“ – wie der systematische Massenmord genannt wurde. In einer Konferenz in Berlin-Wannsee im Jänner 1942 wurden Detailpläne zu Transport (=Deportation) und Vernichtungslagern ausgearbeitet. Bereits davor ermordeten die Nationalsozialisten nach Schätzungen fast eine Million Jüdinnen und Juden.

Der Holocaust war systematisch durchgeplant. Zu seiner Durchführung wurden eigene Vernichtungslager (Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Sobibor, Chelmo, Belzec oder Majdanek) errichtet, die der massenhaften Ermordung dienten. Meist verwendeten die Lagerleiter dafür eigens konstruierte Gaskammern.



Widerstand in Österreich

Die schnelle und rücksichtslose Machtübernahme des NS-Regimes ließ in den ersten Monaten nach der Annexion kaum einen organisierten Widerstand aufkommen. Bereits am 1. April 1938 fand der erste Transport von ÖsterreicherInnen in das KZ Dachau statt. Darüber hinaus begrüßten einzelne Stimmen aus der österreichischen Politik und Kirche den „Anschluss“ und verunsicherten dadurch die GegnerInnen des NS-Regimes zusätzlich. Vor allem aber fürchteten WiderstandskämpferInnen, verraten zu werden. Denn NS-AnhängerInnen gab es überall, manchmal sogar in der eigenen Familie.

Wer leistete Widerstand in Österreich?

Viele kamen aus der Arbeiterbewegung (SozialdemokratInnen, KommunistInnen) und hatten schon im autoritär regierten Österreich von 1933-1938 Widerstand geleistet. Andere kamen aus dem katholisch-bürgerlichen Lager, einzelne WiderstandskämpferInnen zählten zu verfolgten religiösen und ethnischen Minderheiten.

Wie erfolgte der Widerstand?

Wichtig war den WiderstandskämpferInnen, ihre Meinung zu verbreiten. Das geschah mit Flugblättern und Zeitschriften, die nur heimlich verteilt werden konnten, weil es keine Pressefreiheit gab. Ab 1942 traten erste bewaffnete Widerstandsgruppen auf (slowenische PartisanInnen in Südkärnten, Gruppe Leoben-Donawitz).

O5 – parteiübergreifender Widerstand

O5 ist ein Geheimcode: O und der 5. Buchstabe im Alphabet = das E, ergibt OE = Ö für Österreich. O5 war eine Widerstandsgruppe mit Mitgliedern aus allen verbotenen Parteien. Das Zeichen O5 wurde als Symbol des Widerstandes unter Lebensgefahr an verschiedenen Gebäuden in Wien (z.B.: Stephansdom) und Innsbruck angebracht. Es gab auch nicht organisierten, individuellen Widerstand, so z.B. Sabotage in kriegswichtigen Betrieben oder Unterstützung für verfolgte Personen. Wir ÖsterreicherInnen sind allen, die Widerstand leisteten, zu Dank verpflichtet. Denn ihr Einsatz war ein Zeichen für die Alliierten und bildete nach Kriegsende ein Argument für die Wiedererrichtung des Staates Österreich.

Einige österreichische Widerstandskämpfer: Oberst d.G. Heinrich Kodré (1899-1977) und Major Carl Szokoll (1915-2004), militärische Widerstandsgruppe im Wehrkreiskommando XVII in Wien, beide am Umsturzversuch nach dem misslungenen Hitlerattentat vom 20.7.1944 beteiligt. Raoul Bumballa (1895-1947) ehemaliger KZ-Häftling und Vorsitzender des Siebenerausschusses von O5. Rosa Jochmann (1901-1994) im KZ Ravensbrück von 1940-1945 inhaftiert, sozialdemokratische Politikerin, Abgeordnete zum Nationalrat. Käthe Sasso geboren 1926, war im KZ Ravensbrück inhaftiert, Mitglied der kommunistischen Partei, aktiv als Zeitzeugin. Franz Jägerstätter (1907-1943) Kriegsdienstverweigerer, wegen Wehrkraftzersetzung hingerichtet.

Erinnern - heute und in Zukunft

Auch in der DemokratieWERKstatt gibt es Workshops, die das Thema Annexion 1938 aufgreifen.

Wenn wir uns an die Geschichte erinnern, an all die Opfer und schrecklichen Ereignisse, was können wir heute daraus lernen? Der Blick in die Vergangenheit zeigt uns Wege in die Zukunft. Niemals vergessen! Nur wenn wir uns der Geschichte bewusst sind, uns erinnern und mehr über die Vergangenheit erfahren, können wir auch für die Zukunft ein sicheres demokratisches Fundament schaffen.

»Wir dürfen jedoch nicht nur in die Vergangenheit blicken, sondern müssen für unsere Gegenwart und Zukunft aus dieser Geschichte lernen. Auch heute gilt es, stets wachsam zu sein und das Überschreiten moralischer Grenzen genau zu beobachten. Wir alle sind immer wieder gefordert, antisemitische und rassistische Äußerungen und Handlungen zu erkennen und sie mit gebotener Eindeutigkeit zu verurteilen.«

– Mag.a Barbara Prammer, Präsidentin des Nationalrats

Demokratie stärken

Demokratie besteht nicht einfach so. Man muss sich dafür einsetzen und demokratische Rechte schützen. Dieses Anliegen ist heute genauso wichtig wie früher, und das wird es auch in Zukunft bleiben. Mitreden, Mitgestalten, Wählen, deine Meinung kundtun – so kannst auch du Demokratie lebendig halten! Gib Vorurteilen keine Chance!

Hast du auch schon mal antisemitische oder rassistische Sprüche gehört? Solche Äußerungen sind nicht nur dumm, sondern auch strafbar und bereiten den Boden für Beschuldigungen und Denunziation. Sie beruhen immer auf Vorurteilen. Aber Vorurteile sind keine Argumente: Nur wer sich wirklich informiert, kann mitreden und dumme Sprüche können so ganz schnell ausgehebelt werden. Aber manchmal ist es gar nicht so leicht, sich gegen Gemeinheiten und Ungerechtigkeiten durchzusetzen. Wer seine Meinung nicht auf Hörensagen, Halbwahrheiten und Vorurteilen, sondern auf Informationen und sachlichen Argumenten aufbaut, gibt Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus keine Chance!

Auf der Website des Österreichischen Parlaments gesammelt gibt es Informationen zu Veranstaltungen anlässlich des Gedenkens zu 75 Jahren Novemberpogrom.

Impressum

Herausgeberin:

Republik Österreich – Parlamentsdirektion – DemokratieWEBstatt (www.demokratiewebstatt.at)

Medieninhaberin:

Republik Österreich – Parlamentsdirektion

Dr. Karl Renner Ring 1-3

1017 Wien

Redaktion, Grafik/Design: [Kinderbüro Universität Wien gGmbH](#)

Technik: [Goldbach Interactive](#)